

Flucht nach Deutschland

Politik – PEGIDA – Presse

Eine kritische Bestandsaufnahme

von

Rüdiger Stobbe

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Vorwort

Seit dem 4. September, nach der bedingungslosen Öffnung der bundesdeutschen Grenzen durch einen einsamen Beschluss der Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne demokratische Legitimation durch das Parlament, streben Flüchtlinge in sehr großer Zahl nach Deutschland.

Es wird mit einer Million Menschen bis Ende 2015 gerechnet. Die reale Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppe ist praktisch nicht bekannt. Ein großer Teil der Menschen ist nicht registriert. Viele kommen ohne Pass oder sonstige Papiere. Anfangs war die Rede davon, dass etwa ein Drittel bis zur Hälfte der Menschen vom Westbalkan kommen. Das soll sich wohl geändert haben. Was ganz sicher nicht stimmt, dass die meisten Menschen aus Syrien kommen. Es ist mit 22,9 % gemäß BAMF¹ die größte Einzelgruppe unter den Ankommenden, absolut gesehen aber noch nicht mal ein Viertel. Die Zahlen beziehen sich nur auf die bereits registrierten Menschen. Ungezählte Menschen sind in Deutschland, von denen nichts bekannt ist, außer, dass sie da sind. So holen aktuell die afghanischen Schutzsuchenden massiv auf. Balkanbürger streben hingegen immer weniger den Weg nach Deutschland an.

Zweck dieser Bestandsaufnahme ist das Darstellen von Konflikten und Widersprüchen in der Flüchtlingspolitik und zu deren Berichterstattung aus ganz persönlicher Sicht. Es ist keine wissenschaftliche Analyse.

Bundespolitik, Landespolitik und die Kommunalverwaltungen haben einen höchst unterschiedlichen Blick auf die bestehenden Fragestellungen. Während die Kanzlerin mit einem „Wir schaffen das!“ eine Lösung suggerierte, wenn man denn nur will, ist speziell in Bayern und bei den Kommunen der Blick wesentlich realistischer. Dort müssen die Ankommenden weitergeleitet, untergebracht, versorgt und schließlich integriert werden. Wobei nicht vergessen werden sollte, dass der Bund,

¹ http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/asylzahlen-node.html;jsessionid=6A75AD3DA355E1FA88161B7D2FD19919.1_cid359

das Land unterhalb der politischen und wirtschaftlichen Ebene immer die Summe der Kommunen sind. In den Kommunen leben die Menschen. Auch die Lehrer des Landes, die Beamten der Bundespolizei aber und auch die Soldaten der Bundeswehr mit ihren Familien. Kaserne in Deutschland ist Arbeitsplatz und schon lange nicht mehr der komplette Lebensmittelpunkt eines Soldaten.

Politik

Gesetzliche Grundlagen

Grundlage allen politischen Handelns sind Gesetze. Die Verfassung, die Verfasstheit, das, was unser Staatswesen, die Bundesrepublik Deutschland zusammenhält, ist das Grundgesetz (GG). Dort ist in Artikel 16a das Recht auf Asyl geregelt.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 16a

- (1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
- (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
- (3) ...
- (4) ...
- (5) ...

Quelle: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_16a.html Absatz 3-5 dort natürlich ausgeführt.

In Anbetracht der Tatsache, dass die allermeisten Menschen aus Ländern der EU – Österreich und Italien – einreisen, verwundert es, dass

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Politiker und Journalisten, die sich für befugt halten, von schnelleren Asylverfahren und überhaupt von Asyl für diese Menschen reden. Denn wer aus Österreich oder Italien einreisen will und Asyl als politisch Verfolgter beantragen möchte, könnte sofort zurückgewiesen werden.

Absatz 2 des Artikels 16a GG ist eindeutig:

Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

Leuchtet direkt ein. Weder in Österreich, noch in Italien wird politisch verfolgt. Weswegen sollte also Deutschland Asyl gewähren? Ein Asylgrund für Asyl in Deutschland liegt faktisch nicht vor.

Gleiches gilt für Menschen, die sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention berufen. Sie reisen alle aus Staaten ein, in denen Leib und Leben nicht bedroht sind. Auch eine politische Verfolgung kann nicht geltend gemacht werden.

Politikwirklichkeit in Deutschland

Aus welchen Gründen werden Menschen, die aus Italien oder Österreich nach Deutschland mit dem Wort „Asyl“ im Mund einreisen wollen, nicht einfach zurückgewiesen, obwohl dies von der Gesetzeslage geboten wäre?

Hier einige Antworten:

- Das Land aus dem die Menschen URSPRÜNGLICH kommen, ist ein Kriegs- oder Bürgerkriegsland
- In ihrem Heimatland wurden die Menschen politisch verfolgt.
- In Lagern des UNHCR und den Ländern z. B. rund um Syrien ist die Versorgungslage, aber auch die allgemeine Situation für die Menschen untragbar.

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
 Sozialwissenschaftler
 Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

- Etliche Politiker glauben, dass die ankommenden Menschen, Demografieprobleme in Deutschland, z. B. den bestehenden Fachkräftemangel und/oder die Vergreisung der Bevölkerung mit lösen könnten.
- Manche Politiker glauben, dass eine Gesellschaft, die sich aus verschiedenen Kulturen und Religionen zusammensetzt, besonders 'reich' ist.
- Viele Politiker glauben, dass Deutschland es der Welt aus seiner Vergangenheit begründet schuldig ist, verfolgten und notleidenden Menschen zu helfen.
- Einige Politiker glauben, dass die deutsche Nation in einem Völkergemisch (Heterogenisierung) aufgehen sollte, damit von deutschem Boden und durch deutsche Menschen kein Krieg mehr entfesselt werden kann.
- Es ist faktisch unmöglich die Menschen zurückzuweisen, ihnen die Einreise zu verweigern. Insbesondere zu Österreich gibt es keine Grenze im Sinn von Abgrenzung. Deutschland hat z. Zt. überhaupt nicht das Personal, um den Massenansturm der Menschen auf zu halten. Darüber hinaus käme/kommt es bei Nichtaufnahme zu einem Stau bis hin nach Griechenland über Österreich, Slowenien, Serbien und Mazedonien. Die humanitäre Katastrophe wäre da. Faktisch baut sie sich z. Zt. auf. Hat Deutschland schon erhebliche Schwierigkeiten, die Menschen 'winterfest' unterzubringen, so bestehen in den Durchgangsländern - Österreich ausgenommen - kaum entsprechende Möglichkeiten.

Sicher lassen sich noch etliche weitere Antworten finden. Die meisten Antworten sind – vor allem vor dem ideologischen Hintergrund vieler Politiker – verständlich. Dieser Hintergrund ist einfach beschrieben:

“Wir wollen die Welt, und wenn das nicht geht, zumindest Deutschland, jeden Tag ein wenig besser machen!”

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Klingt simpel und ist es auch. Genau wie ein „Wir schaffen das!“ unserer Kanzlerin. Schlicht und simpel. Bleibt die Frage, wie das Angestrebte erreicht werden soll. Da scheiden sich die Geister. Eines aber ist sicher:

Offensichtlich spielen in der Flüchtlingsfrage die per Gesetz vorgegebenen Normen faktisch keine Rolle mehr.

Die Antworten oben teilen sich in harte Fakten und weiche Wünsche auf. Doch nur der letzte Punkt zieht wirklich. Auch wenn man es gewollt hätte. Der Ansturm auf Deutschland hätte nicht gestoppt werden können, kann z. Zt. nicht gestoppt werden. Deshalb hat die Kanzlerin aus der Not eine Tugend gemacht. Der Begriff „Willkommenskultur“ stand plötzlich im Raum. Menschen verteilen an Bahnhöfen Lebensmittel, Hygieneartikel, Kleidung und Spielzeug für die Kinder. Winkend wurden die ankommenden Menschen begrüßt. Deutschland war euphorisiert. Wie nach dem Mauerfall. Nicht ganz so, aber ansatzweise.

Die Wertegemeinschaft EU

Der Rest der EU ist defensiv eingestellt. In vielen anderen EU-Staaten gibt es Bewegungen und Parteien, die von massiver Flüchtlingsaufnahme ebenso massiv profitieren würden. ‚Massiv‘ heißt z. B. für Frankreich und England jeweils bereits etwa 50.000 Menschen zusätzlich. Begründungen für das nicht aufnehmen wollen, kommen nur aus Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen. Man wolle die nationale, vor allem aber die christliche Identität nicht auf´s Spiel setzen. Seither sind unsere östlichen Nachbarn die Buhstaaten.

Angeblich verhindern die oben genannten östlichen Staaten die europäische Einigung bzgl. der Flüchtlingsverteilung, die permanente Quote. Dabei könnte Deutschland die Menschen, die von den genannten Ostländern abgelehnt werden, sicher zusätzlich zur eigenen Quote aufnehmen. Frankreich, Großbritannien, Spanien usw. könnten doch trotzdem die Menschen aufnehmen, die sie gemäß einer Quote in Anlehnung an die 160.000 Mann-Quote her aufnehmen müssten.

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Sie tun es nicht. Weil sie die Menschen nicht wollen. Nur sagen sie es nicht offen. Sie sind im Gegensatz zu den östlichen Staaten einfach nur unredlich. Denn mit dem Aussprechen der wahren Motive würden sie darlegen, was sie von den Werten Europas halten: Nur dann sind die Werte Europas gut, wenn sie materiell nützlich sind.

Die EU ist nicht mal in der Lage, die 160.000 Menschen aus Griechenland und Italien gemäß der Vereinbarung vor etlichen Wochen zügig zu verteilen. Keine 1.000 Flüchtlinge wurden bisher zugewiesen.

Ein belastbarer Beleg für die faktische Spaltung Europas, des Zerfalls der EU war der so genannte EU-Gipfel in Brüssel am 25.10.2015. Es tagt nicht der EU-Rat, es tagen nur die Staaten die direkt vom Flüchtlingsstrom betroffen sind. Der Rest hält sich vornehm zurück. Sie wollen mit dem Problem, das Deutschland 'angezettelt' hat, nichts zu tun haben. Wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen, so die Meinung.

Ein ebenfalls belastbarer Beleg für die Schwäche Europas ist die Nichtteilnahme an den Gesprächen in Wien am 23.10.2015. Russland, die USA, die Türkei und Saudi-Arabien trafen sich. Die EU, geschweige denn Deutschland nahmen nicht teil. Sie waren nicht geladen. Ein Armutszeugnis für die deutsche, die europäische Diplomatie.

Bei dem aktuellen Termin am 1.11.2105 ist Deutschland zwar mit Außenminister Steinmeier und der Iran vertreten. Saudi-Arabien aber nimmt nicht mehr teil. Weil Iran teilnimmt. Nicht die besten Voraussetzungen für eine Verständigung.

Die aktuelle Lage Stand 29.10.2015

Je weiter die Flüchtlingskrise – jetzt redet auch die Kanzlerin von Krise – voranschreitet, je mehr Flüchtlinge über Griechenland, den Westbalkan und Österreich nach Deutschland einreisen, umso realistischer aber auch schärfer wird der Ton in der Politik. Was weitsichtige Menschen bereits vor Wochen gefordert haben (Begrenzung des Zustroms, Schließen der Grenzen und scharfe Kontrollen, Zurückweisung von Ankommenden ohne Einreisepapiere/Ausweispapiere, strikte Anwendung der Regeln gemäß

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Grundgesetz, Asylverfahrensgesetz und Genfer Flüchtlingskonvention), was als rechtspopulistisch bis rechtsextrem verunglimpft wurde, genau das ist heute Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Bis hin zum Zaun. Weshalb das so ist, ist recht einfach: Der Zuwanderungsdruck, die schiere Menge der Menschen, die nach Deutschland streben, ist zu groß. Die Fakten brechen der Realität in den Köpfen Bahn. Fakt ist, dass kein Land der Welt, auch Deutschland nicht, hunderttausende ggf. sogar über eine Million Menschen (pro Jahr plus Familiennachzug) einfach mal so aufnehmen und nach den eigenen hohen Standards unterbringen, versorgen sowie integrieren kann.

Verschärfend kommt hinzu, dass hunderttausende Menschen aktuell unterwegs sind. Das Wetter verschlechtert sich. Es ist kalt. Notunterkünfte sind auf der Westbalkanroute bis auf wenige nicht winterfeste Zelte ohne Boden praktisch nicht vorhanden. So müssen die Menschen, darunter neuerdings auch viel mehr Frauen und oft kleine Kinder, zumeist unter freiem Himmel warten und auch übernachten. Die Versorgung ist katastrophal. Man lässt die Menschen darüber hinaus sehr häufig spüren, dass sie nicht erwünscht sind und bitteschön weiter ziehen sollen. Denn sie wollen ja nach Deutschland.

Bis sich der beschriebene Zustand vielleicht ändert, ändern kann, gehen noch Monate in 's Land. Es wird weitergeleitet werden. Von Land zu Land. Denn die Menschen wollen nach Deutschland und sagen das auch. Auch wenn vielleicht 5% weiter in andere EU-Staaten reisen wollen; die Menschen kommen immer erst nach Deutschland.

Aktuell denkt Österreich über die „technische Sicherung“ der Grenze zu Slowenien nach. Die Innenministerin spricht offen von der Festung Europa. Ehe jedoch solche Maßnahmen greifen wird der Flüchtlingsstrom weiter zunehmen. Da über die Einschränkung des Familiennachzugs 'laut' nachgedacht wurde machen sich jetzt tatsächlich immer mehr Komplettfamilien – meistens mit mehreren Kindern – auf den Weg. Das ist der Grund für das weitere Ansteigen der Flüchtlingsmenge trotz des Abnehmens der Menschen vom Balkan. Da wird auch die von Innenminister de Maizière angedachte Rückführung der Menschen aus Afghanistan nicht helfen. Diese ist ohnehin sehr fragwürdig. Denn

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
 Sozialwissenschaftler
 Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Afghanistan ist vielleicht sehr viel. Auf keinen Fall jedoch ein Hort des Friedens, ein sicheres Herkunftsland.

Außenpolitische Auswirkungen

Ich behaupte, dass die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik nicht nur innenpolitisch vor dem Scheitern steht, sondern auch massiv-negative außenpolitische Konsequenzen nach sich zieht.

- Deutschland isoliert sich innerhalb der EU.
- Das Wort Deutschlands im Europäischen Rat und in bilateralen Verhandlungen wird schwächer, weil die europäische Verzahnung Deutschlands immer geringer wird.
- Durch die ungesteuerte und ungebremste Flüchtlingsaufnahme in Deutschland werden die rechten Kräfte nicht nur in Deutschland, sondern auch z. B. in Frankreich, Schweden und England gestärkt.
- Wenn das Fass überläuft und Deutschland seine Grenzen schließt, werden die Länder des Westbalkans ebenfalls Grenzen dichtmachen. Statt eine massive Sicherung an den Außengrenzen einzurichten, wird jetzt Land für Land eine Grenzsicherung erfolgen. Schengen ist praktisch Vergangenheit.
- Weil die meisten EU-Staaten vor allem aus praktischen und innenpolitischen Gründen nur eine geringe Flüchtlingsaufnahme wünschen, werden sie einer zahlenmäßig offenen Quotenregelung niemals zustimmen. Sie befürchten zu Recht, dass ihnen wie in Deutschland das Heft des Handels entgleitet und Souveränitätsverluste eintreten.
- Nicht mangelnde Solidarität ist der Grund der Ablehnung einer Quotenregelung, sondern gesunder politischer Verstand. Dieser fehlt Deutschland in der Flüchtlingsfrage völlig. Es reagiert hilf- und ratlos. Das will kein europäisches Land.

PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes)

Es gibt Meinungen, die sind in Deutschland vielleicht nicht wohlfeil.

Beispiel: „Ich möchte nicht, dass Islamgläubige in meiner Stadt, meinem Land, in Europa angesiedelt werden. Ich will keine ungesteuerte und ungebremste Zuwanderung.“

Vielleicht keine schöne Meinung, aber eine Meinung. Und für diese Meinung darf man/frau auf die Straße gehen. Und wenn sich mehr als 2 Menschen dieser Meinung anschließen, dann muss eine Versammlung angemeldet werden. Mit dieser Versammlung, dieser Demonstration kann diese Meinung einer wie auch immer breiten Öffentlichkeit kundgetan werden.

Wenn nun jemand genau die gegenteilige Meinung hat, kann er den gleichen Weg einschlagen und, wenn er Menschen findet, die seine Meinung teilen, ebenfalls eine Demonstration anmelden. Dann haben wir 2 Demonstrationen / Versammlungen.

Keine der beiden Versammlungen hat das Recht, der anderen Versammlung die Meinung dadurch streitig zu machen, indem versucht wird, die Versammlung zu stören, zu behindern, zu verhindern oder gar anzugreifen.

Genau das aber wird von den so genannten „Gegendemonstranten“ immer wieder und vollkommen unrechtmäßig versucht. Im Westen der Republik gelingt dies auch regelmäßig. Dort stehen ein paar „Rechte“, die meisten Menschen trauen sich schon gar nicht, an solch einer Demo teilzunehmen, also ein paar „Rechte“ stehen einer meist zahlenmäßig großen Menge Gegendemonstranten gegenüber, die die „rechte“ Demo verhindern wollen. Mit allen Mitteln. Sie handeln damit undemokratisch, grundgesetzwidrig. So gut und richtig die Argumente vielleicht auch sein mögen. Es ist und bleibt Unrecht!

Es gibt im Grundgesetz keine gute oder schlechte Meinung. Wenn jemand der Ansicht ist, dass eine Meinung einen Straftatbestand erfüllt,

kann der Rechtsweg eingeschlagen werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wenn eine Demonstration genehmigt ist, und das wird sie von den Gerichten fast immer, denn Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, dann ist die Demo nicht zu be- oder gar zu verhindern. Deshalb schützt die Polizei die Demonstranten vor Übergriffen. Nicht weil sie der gleichen Meinung wie die Demonstrierenden wäre, sondern weil sie die Wahrnehmung des Grundrechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit schützen müssen. Das haben unsere guten Gegendemonstranten, wenn sie die rechte Demo blockieren oder verhindern wollen, noch nicht verstanden bzw. sie ignorieren es und handeln damit grundgesetzwidrig. Das wird von Politik und Medien gerne übersehen.

In Dresden konnten Gegendemonstranten die Spaziergänge, es sind keine Aufmärsche, der Menschen bislang nicht verhindern. Dort versammeln sich seit einem Jahr regelmäßig mehr oder weniger viele Menschen unter dem Motto PEGIDA. Bisher hat die Polizei in Dresden es mit gewaltigem Aufwand gut verstanden, die Gegendemonstranten (Antifa, schwarzer Block, Linke, andere am 'Guten und Richtigen' orientierte Gruppierungen) von PEGIDA fernzuhalten.

Am Montag aber, am 19.10.2015, dem Jahrestag von PEGIDA war die Dresdner Polizei/Verwaltung so „clever“, den gewohnten Abendspaziergang zu verbieten und die PEGIDA – Anhänger stationär auf dem Theaterplatz zu fixieren. Gleichzeitig erlaubte sie den Gegendemonstranten sternförmig von 4 Seiten auf den Theaterplatz „hin zu demonstrieren“. Die Polizei hatte erstmalig 4 Angriffsflächen zu schützen und war damit überfordert. Richtigerweise wurde berichtet, dass es „erstmalig“ zu Ausschreitungen kam, ausgelöst und veranlasst durch, das wurde nicht geschrieben oder berichtet, Gegendemonstranten.

Darüber hinaus wurde ein Mensch (der „Böse“), der auf dem Weg zur PEGIDA-Versammlung auf dem Theaterplatz war, von 4 „Guten“ angegriffen und schwer verletzt. Mediale Resonanz gegen NULL. Es wurde ja nur der „Böse“ schwer verletzt. Das ist wohl in Ordnung, oder?

Selbstverständlich werden die Abendspaziergänge des Montags in Dresden regelmäßig von Kundgebungen begleitet. Selbstverständlich wird der Ton bei den Reden und Ansprachen scharf. Es kann auch vorkommen, dass nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks überschritten werden. Es wird u. U. der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Dann sollte, nein, dann muss die Polizei einschreiten / die Staatsanwaltschaft ermitteln und die Täter vor Gericht bringen. So geht Rechtsstaat.

Wenn sich ein Bundesinnenminister im Fernsehen hinstellt und verkündet, Teilnehmer von PEGIDA- Demonstrationen seien im Bereich des „harten Rechtsextremismus“ anzusiedeln, dann ist das nicht nur fragwürdig, sondern Unrecht. Denn auch für die PEGIDA-Demonstranten gilt die Unschuldsvermutung.

Womit wir bei der Frage wären, in wie weit die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, also Mitgehen und Zuhören, als rechtsextrem bezeichnet und als Grundlage für das Übel in Deutschland verallgemeinert werden kann. Ich meine überhaupt nicht. Wenn ein Fußballfan zu einem Fußballspiel geht und Hooligans machen Randalen, hat unser Zuschauer ja auch nicht sein Einverständnis dafür gegeben. Oder gar durch seine Anwesenheit sein Wohlwollen für eventuell begangene Straftaten bekundet.

Mit großer Ausdauer vertreten eine Menge Menschen in Dresden jeden Montag ihre Meinung. Sie sind durchgehend friedlich. Aber natürlich gibt es Menschen, die die Menschenmenge nutzen, um radikale Ansichten herauszubrühen und mit anderen geschmacklosen und womöglich strafbewehrten Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Wie dies medial kommuniziert wird und einige andere Aspekte der medialen Verbreitung von „Tatsachen“ im folgenden Abschnitt.

Presse als Oberbegriff für alle Medienformen

Medien, vor allem die so genannten Mainstream-Medien sowie die öffentlich-rechtlichen Medien arbeiten in Sachen PEGIDA meistens höchst selektiv.

Werden Flüchtlinge gezeigt, so sind in der Regel Frauen und Kinder dabei, stehen im Vordergrund. Bei 80% der Schutzsuchenden handelte es sich aber um junge Männer zwischen 18 und 35. Dieses Verhältnis ändert sich aktuell aus oben erwähnten Gründen. Insgesamt aber sind junge Männer immer noch in der Überzahl. Sinn dieser Auswahl ist der Aufbau von Mitleid zwecks Unterstützung einer grenzenlosen Flüchtlingsaufnahme. Diese Motivation wandelt sich dahingehend, dass mittlerweile auch viele Journalisten merken, dass ein Glas überläuft, wenn zu viel Wasser hineingegossen wird.

Demonstrieren z. B. 10.000 Menschen ruhig und friedlich (die Regel) und krähen 300 Radikale die „üblichen“ Parolen plus Galgen usw., so werden diese Teile der Demo gefilmt, fotografiert. Darüber wird berichtet.

Je weiter der Rezipient dieser „Berichterstattung“ vom Ort des Geschehens weg ist, desto mehr glaubt er natürlich, dass das, was er im Fernsehen sieht, im Radio hört oder in der Zeitung liest, die gewesene Realität ist. Wenn dann noch namhafte deutsche Politiker (z. B. Herr de Maizière) oder sonstige Bundesminister (Heiko Maas) mangels Ahnung und zwecks Ablenkung vom eigenen Totalversagen plus systematischem Rechtsbruchs PEGIDA öffentlich „Harten Rechtsextremismus“ bescheinigen, dann steht z. B. in Japan oder Kanada für die dortigen Menschen in Deutschland der Führer vor der Tür.

Wenn in Dresden ein Schwarzer umgebracht wird, dann war PEGIDA Mitursache. Bericht erste Seite! Bis sich herausstellt, dass es ein anderer Schwarzer war und kein politischer Hintergrund bestand. Das steht dann ganz klein auf Seite 7 unten rechts im Blättchen.

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Wenn ein 45-jähriger Mann, der vor 20 Jahren der FAP angehört hat, eine Bürgermeisterkandidatin niedersticht, so ist das ein schweres Verbrechen. Doch obwohl sicher bekannt ist, dass es sich um einen Einzeltäter handelt, wird von Politik und Medien der Zusammenhang mit PEGIDA hergestellt. Von rechtem Terror ist die Rede, ausgelöst von Menschen, die in Dresden friedlich eine Meinung äußern, die nicht genehm ist.

Wenn ein m. E. durchgeknallter Schriftsteller bei einer Versammlung das Wort KZ verwendet, dann sind die 15.000 oder wie viele Menschen auch immer es denn gerade sind, dann sind diese Menschen – solch ein Eindruck wird erweckt - für die Errichtung von Konzentrationslagern und Gaskammern.

Wenn dann über die Verunsicherung der Menschen in aller Welt in Bezug auf Dresden geschrieben wird, so ist dies einfach nur heuchlerisch und bigott. Denn das Bild Deutschlands, und speziell das der Stadt Dresden, wird in erster Linie von Medien und Politikern, deren Aussagen von Medien ausgewählt und transportiert werden, kommuniziert. Es wird ein Bild vermittelt, dass die Straßen in Dresden unsicher seien, besonders am Montagabend. Doch wie viele Menschen mit Migrationshintergrund wurden denn schon in Dresden von Anhängern der PEGIDA angegriffen? Im vergangenen Jahr? In diesem Jahr? Wo sind die harten Fakten? Ich kenne keine. Weil es sie nicht gibt. Oder ist jemand ermittelt und verurteilt worden? Gerne lasse ich mich belehren.

Von Medien wird in Sachen PEGIDA vor allem Stimmung gemacht. Und anschließend darüber lamentiert, dass Dresdens Ansehen in der Welt sinkt. So sind Medien heute. Nicht alle. Aber viele. Medien die vierte Gewalt im Staate? Dass ich nicht lache. Sehr oft agieren Medien schlicht. Sehr oft sind sie ein Propagandainstrument der Regierenden und der Menschen, die vielleicht das Gute wollen, aber nicht den Hauch einer Ahnung haben, wie z. B. ein Rechtsstaat funktioniert.

Noch ein Beispiel für fragwürdige „Berichterstattung“.

Am 23.10.2015 machten die Aachener Nachrichten mit der Schlagzeile

BKA besorgt: 576 Angriffe auf Unterkünfte

auf Seite 1 auf. Ich habe mich zunächst erschreckt. 576 Angriffe, das ist schon eine Menge. Und um es gleich vorweg zu sagen: Jede Attacke auf ein Flüchtlingsheim oder gar einen Menschen, der in Deutschland Schutz sucht, ist verwerflich und muss von den Behörden verfolgt werden. Genau wie jeder andere Angriff auf Sachen oder Personen. Egal aus welchem Grund.

576 Attacken also vom 1.1.2015 bis zum 19. Oktober. Und selbstverständlich habe ich sofort an Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime gedacht. Doch weit gefehlt. Es „handele sich überwiegend“, so das BKA, „um Sachbeschädigungen, Propagandadelikte, und Volksverhetzungen.“ Aber auch 91 Gewaltdelikte wurden gezählt. Davon seien 46 Brandstiftungen. Über die restlichen 45 Gewaltdelikte lässt sich der Text der AN nicht aus.

Klartext:

Von den 576 Attacken waren 485 Schmierereien, Hakenkreuze, rassistische Sprüche, eingeworfene Scheiben usw.. Von den verbleibenden 91 Attacken sind 46 Brandanschläge. Zu 45 Angriffen auf Unterkünfte wird nichts gesagt.

46 Brandanschläge. Geteilt durch 10 Monate, geteilt durch 16 Bundesländer. Macht etwa einen Anschlag pro Quartal pro Bundesland.

Um es nochmals zu betonen. Sämtliche vom BKA genannten Straftaten sind nicht in Ordnung und müssen verfolgt werden. Schon gar nicht die 46 Brandanschläge seit Januar sind in irgendeiner Weise akzeptabel. Doch muss sich das BKA wirklich Sorgen machen? Ich meine nicht. Die Bedrohungen durch organisierte Kriminalität, Bandenkriminalität, Menschenhandel und Zwangsprostitution usw. usw., aber z. B. auch

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
Sozialwissenschaftler
Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015

Kindesmisshandlungen in Familien sind viel - weil ganz erheblich zahlreicher - gewaltiger.

Der Spruch von Bundesjustizminister Heiko Maas, jede Attacke auf ein Flüchtlingsheim sei ein Angriff auf unsere tolerante Demokratie, der in dem Artikel der AN besonders hervorgehoben wurde, ist m. E. wenig zielführend. Alarmismus und Übertreibungen stumpfen die Menschen ab. Wirkliche Gefahren werden später womöglich nicht mehr ernst genommen. Weil ja letztendlich alles ein Anschlag auf die Demokratie ist.

Warum dieses Beispiel?

Aus einer statistischen Mücke wird ein medialer Elefant, eine Elefantenherde gemacht. Vor allem Menschen, die nicht nahe am Geschehen sind, Menschen, die Zahlen in einer Massengesellschaft nicht einordnen können, vor allem aber auch die Menschen im nahen und fernen Ausland, denken, dass in Deutschland der Nationalsozialismus vor der Tür stehe.

Fakt ist, dass in einem Land mit mehr als 80.000.000 Einwohnern ganz viele, ja ... zig-tausende Spinner, Radikale, Chaoten, Gewalttäter usw. vorzufinden sind. Diese sollen, wenn sie Straftaten, auch politisch motivierte Straftaten begehen, ermittelt, angezeigt und bestraft werden. Sie sollten, wenn sie politisch radikal sind, gerne auch vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Links wie rechts. Aber hier quasi den heraufziehenden Staatsnotstand an die Wand zu malen ist die typische Übertreibung von Medien, die gerne übersehen - und deshalb nicht darüber berichten, es sei denn es sind Massenschlägereien - , dass die Gewalt, die von unzureichend untergebrachten und nicht nach Geschlecht, Religionen und Ethnien getrennten Schutzsuchenden ausgeht/ausgehen wird, um ein vielfaches größer ist. Untereinander. Gegen bereits länger hier lebende Migranten. Gegen die einheimische Bevölkerung.

Warum bin ich da so sicher?

Weil die Vorstellung der Menschen, von dem, was sie in Deutschland erwartet und die tatsächlich vorgefundene sich allmählich entwickelnde Realität, stark auseinander driften. Das führt zu Resignation, sehr oft aber auch zu Gewalt. Das Winken am Bahnhof als Willkommensgruß ist da schnell vergessen. Die Besinnung auf althergebrachte Traditionen und Denkmuster ("Der Westen ist böse!") wird befördert. Diese Traditionen und Denkmuster sind in aller Regel nicht mit einer Demokratie, wie wir sie verstehen, kompatibel.

Die Naivität, wie z. B. Politik und Medien immer wieder die Notwendigkeit der Anpassung an deutsche Gepflogenheiten (Integration) betonen und fordern, ist erschütternd. Als ob ein Mensch, dem vom Kindesbeinen eingetrichtert wurde, dass Israel von der Landkarte radiert werden muss, dass Juden Feinde sind, dass Frauen dem Mann untergeordnet sind, dass Christen Schweinefresser sind, als ob ein so sozialisierter Mensch sagen würde: „Ja, nun bin ich in Deutschland, jetzt denke ich mal um, integriere mich und werde ein guter Westeuropäer.“

Perspektive

Die EU sollte alle Kräfte auf den Punkt, das Land konzentrieren, der gut kontrollierbar ist: Slowenien. Hier sollten alle Ankommenden bis zur Entscheidung über Weiterreise oder Rückweisung menschenwürdig untergebracht werden. Alle Hilfsorganisationen sollten beim Aufbau der provisorischen, aber winterfesten Unterkünfte mitwirken. Aus ganz Europa sollten die Hilfskräfte kommen. Slowenien sollte ein einziger Hotspot werden. Und selbstverständlich eine angemessen hohe Entschädigung erhalten. Zwingend notwendig wäre dann eine angemessene Verteilung auf alle Staaten der EU. Sollte die nicht gelingen, zerbricht Europa mit allen Konsequenzen.

Rüdiger Stobbe, Eynattener Str. 84, 52064 Aachen, Jahrgang 1954
 Sozialwissenschaftler
 Unabhängiger Kommentator des Zeitgeschehens

Stand 29. Oktober 2015